

und ökonomischer Tragweite die Vox populi das letzte Wort spreche, und trugen sich deshalb in die Referendumlifte ein.

Während der Schweizerische Apothekerverein gegen das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz auftritt, hat die Schweizerische Aerztekammer sich nach reiflicher Diskussion neutral erklärt. In ihrer für die Allgemeinheit bestimmten Motivierung dieses Entschlusses hat sie mit Recht den Standpunkt unserer Standesinteressen möglichst in den Hintergrund treten lassen, um in treffender Weise abzuwägen, welchen sozialen Postulaten der Aerzteschaft die Gesetzesvorlage gerecht geworden und welche sie schuldig geblieben ist: Dem Grundsatz, daß dem Schwächsten die größte Hilfe zuteil werden soll (also Frauen und Kindern), ist nur teilweise Rechnung getragen worden, nämlich bei der Subvention der Frauen und Wöchnerinnen, während die Doppelsubvention der obligatorisch gegen die „Nichtbetriebsunfälle“ und zugleich in den Krankenkassen versicherten Männer diesen Grundsatz vermissen läßt. Die dringend nötige Verbesserung der Krankenfürsorge und indirekt der Volksgesundheitspflege ist durch das Gesetz wohl angestrebt und sogar ermöglicht, aber nicht sichergestellt, weil weder das Obligatorium der Krankenversicherung für die gegen Unfall obligatorisch Versicherten stipuliert wurde, noch das Obligatorium der Krankenpflegeversicherung für die subventionierten Kassenmitglieder. Die Aerztekammer gibt ferner zu, daß zielbewußte Anstrengungen gemacht wurden, um die demoralisierende Vollversicherung der Lohnentschädigung in der Unfallversicherung zu beseitigen, hebt aber hervor, daß durch die bei der Unfallversicherung erlaubte ergänzende private Versicherung, sowie durch die gestattete mehrfache Mitgliedschaft in der Krankenversicherung das erstrebte, teuer erkaufte Ziel wieder in Frage gestellt wird. Was endlich die Aufnahme der schwer kontrollierbaren „Nichtbetriebsunfälle“ anbelangt, so öffnet sie der mißbräuchlichen Ausbeutung auf einem neuen Gebiete Tür und Tor; auch erwachsen durch die Aufnahme dieser Kategorie von Unfällen dem Aerztestand Aufgaben, die zu lösen er nicht selten außerstande sein wird.

Den elsässischen und badischen **Kurpfuschern**, welche dank einer im großen Stile betriebenen „Fernbehandlung“ von den Grenzorten aus auch unser Land beglücken, erwächst im Kanton Glarus, wo 1874 die Landsgemeinde Kurierfreiheit beschlossen hat, eine schwere Konkurrenz. Auch dort wimmelt es von Naturheilkundigen, Magnetopathen und „wilden“ Aerzten jeglicher Observanz, deren fast ausschließlich brieflicher Geschäftsverkehr sich über die ganze übrige Schweiz erstreckt und ein so reger ist, daß man behauptet, der Kantonshauptort verdanke gerade diesem Industriezweig den Besitz eines Postbureaus II. Klasse! Mit dem Betrieb und der Organisation eines glarnerischen „Medizin- und Naturheilinstituts“ hatte sich nun kürzlich die zivilrechtliche Abteilung des Bundesgerichts zu befassen. Es handelte sich um eine Konventionalstrafe, die der eine Leiter jenes Geschäftes von seinem Associé, einem auf Abwege geratenen diplomierten Arzte, wegen Austretens aus der Firma, in der sein Dokortitel und seine Approbation dekorativ zu wirken hatten, einforderte. Die Klage wurde abgewiesen, und in der Motivierung wurde mit aller wünschenswerten Deutlichkeit betont, daß die Freigabe der ärztlichen Praxis das Kurpfuschergewerbe ebensowenig zu einem anständigen Berufe stempelt, als die Toleranz von Bordellen die Kuppelei sittlich rechtfertigt. Kontrakte zwischen Kurpfuschern (und solche von Aerzten mit Kurpfuschern) haben somit auf gesetzlichen Schutz keinen Anspruch. Dieses Urteil hat die Aufmerksamkeit auf Zustände gelenkt, die in unserem Lande zum Glück in enge Grenzen eingedämmt, aber darum nicht weniger skandalös sind. Eine scharfe Kritik hat über die Köpfe der Parteien hinweg unser oberster Gerichtshof der Gesetzgebung des in Frage stehenden Kantons zuteil werden lassen; wird dieser die im Interesse der Volksgesundheit gebotenen Konsequenzen endlich zu ziehen wissen?

Rob. Bing (Basel).

Brief aus der Schweiz.

Schon in meinem letzten Briefe (No. 31) bezeichnete ich das Zustandekommen des Referendums gegen das von den eidgenössischen Räten angenommene **Kranken- und Unfallversicherungsgesetz** als höchst wahrscheinlich. In der Tat haben innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist statt der erforderlichen 30 000 Stimmberechtigten nicht weniger als 76 000 das Begehren unterzeichnet, wonach die Gesetzesvorlage einer allgemeinen Volksabstimmung zu unterbreiten ist. Der Bundesrat hat nun diese Abstimmung erst auf den 2. Februar 1912 anberaumt, sodaß Freunden und Gegnern ein gehöriger Spielraum zur Agitation für und wider das Gesetz zugestanden ist.

Am rührigsten sind natürlich die Krankenkassenverbände, die im Verein mit dem schweizerischen Arbeitersekretariat sogar einen Referentenkursus zur Ausbildung von Propagandisten für das ihren Wünschen so überaus entgegenkommende Gesetz vorzubereiten im Begriffe stehen. Dagegen ist nichts zu sagen. Berechtigten Protest hat es dagegen hervorgerufen, daß die Kassen schon vor Einreichung des Referendumsbegehrens mit allen möglichen, zum Teil recht demagogischen Mitteln es zu verhindern suchten, daß die erforderliche Stimmenzahl zustandekomme; so wurde in allen Tonarten die Referendumbewegung als dem Eigennutz des Kapitalismus entspringend gebrandmarkt, als eine reine Interessenpolitik zugunsten der Industrie, der Privatversicherung etc. Und doch betrachteten es auch Anhänger der Gesetzesnovelle als erwünscht, daß in einer Frage von so großer sozialer